



Institut für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen

Hochdahler Str. 280, 40724 Hilden, Tel. 02103 / 491 - 0

**Lehrinhalteplan**

für den Lehrgang  
„Fachrecht“  
der Fachreferendare

## Lehrinhalte des Lehrgangs „Fachrecht“:

		<u>Seite</u>
Einleitung		3
1. Bauplanungs- und Bauordnungsrecht	4 Std.	4
2. Straßenrecht	2 “	7
3. Abfallrecht / Abfallwirtschaft	2 “	8
4. Raumordnung und Landesplanung (mit Bezügen zum Fachrecht)	4 “	9
5. Naturschutz und Landschaftspflege	2 “	13
6. Immissionsschutzrecht	2 “	15
7. Stadterneuerung	2 “	16
8. Vermessungs- und Liegenschaftswesen	2 “	17
9. Wasserrecht	2 “	18
10. Denkmalschutz und Denkmalpflege	2 “	19
11. Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)	2 “	21
12. Vertragsrecht	2 “	22
13. Verdingungswesen	2 “	25
14. Grunderwerb und Enteignung	2 “	27
15. Forstrecht	2 “	29
<u>Europarecht – Woche:</u>		
➤ Rechtliche Grundlagen	14 Std.	30
➤ Förderprogramme / Regionale Strukturpolitik	4 Std.	32
➤ Öffentliches Auftragswesen	4 Std.	32
➤ Lobbying	4 Std.	32
➤ Exkursion	8 Std.	32
gesamt	70 Std.	

## **Einleitung:**

Der vorliegende Lehrinhalteplan für den Lehrgang „Fachrecht“ ist von einer Arbeitsgruppe aus Vertretern der verschiedenen Fachressorts in Zusammenarbeit mit dem Institut für öffentliche Verwaltung NRW entwickelt worden.

Der Lehrinhalteplan berücksichtigt und verdeutlicht die neue Konzeption des Teils der theoretischen Ausbildung von Fachreferendarinnen und Fachreferendaren, der vom Institut für öffentliche Verwaltung NRW übernommen wird. Vordringliches Ziel des Lehrgangs „Fachrecht“ ist es, den Fachreferendarinnen und Fachreferendaren einen Überblick über die Fächer zu ermöglichen, die nicht originärer Gegenstand der eigenen Ausbildung sind und somit auch nicht in anderen Lehrgängen oder Arbeitsgemeinschaften intensiv behandelt werden.

Im Rahmen der heute immer intensiveren Zusammenarbeit mit Bediensteten anderer Fachrichtungen sind auch grundlegende Kenntnisse in diesen, das eigene Fachgebiet ergänzenden Fächern unabdingbar. Diese grundlegenden Kenntnisse sind nicht in der kurzen, für den Lehrgang „Fachrecht“ zur Verfügung stehenden Zeit zu vermitteln.

Aus diesem Grunde bietet das Institut für öffentliche Verwaltung NRW den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Lehrgangs „Fachrecht“ zur Ergänzung des Selbststudiums ein Handbuch an, durch das die Unterrichtsinhalte der einzelnen Fächer noch einmal zusammengefasst und vertieft werden.

Im Unterricht lässt sich Zeitgewinn dadurch erzielen, dass den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Übersichten, Schaubilder, Definitionen, Fallbeispiele mit Lösungsskizzen usw. an die Hand gegeben werden. Das Institut für öffentliche Verwaltung NRW steht für die Fertigung oder Vervielfältigung solcher Materialien zur Verfügung. Moderne Unterrichtsmittel (Video, Tageslichtschreiber) sollten in möglichst hohem Maße genutzt werden.

Soweit einzelne Gliederungspunkte im Unterricht nicht besprochen werden können, sollen die dort aufgeführten Lehrinhalte dazu dienen, den Referendaren eine thematische Übersicht zu vermitteln und im Zusammenhang mit dem Handbuch zum Selbststudium anzuregen.

Den Referendarinnen und Referendaren wird eine Ausfertigung dieses „Lehrinhalteplans“ ausgehändigt.

## Bauplanungs- und Bauordnungsrecht

### 1. Einführung

- Grundgesetz
- Baufreiheit
- Geschichte des Baurechts
- Unterteilung in Bauplanungs- und Bauordnungsrecht

### 2. Bauplanungsrecht

#### 2.1 Allgemeines, Überblick über den Inhalt

#### 2.2 Städtebauliche Planung

##### 2.2.1 Begriff

##### 2.2.2 Trägerin

##### 2.2.3 Instrumente

- Bauleitplanung
  - Allgemeines, Grundsätze (Planungsgrundsätze), Aufgaben und Ziele, Begriff der Abwägung
  - Flächennutzungsplan (Beispiel)
    - Liste der Darstellungsmöglichkeiten, Erläuterungsbericht, Begriff des Grundzugs der Planung, Rechtsfolge
  - Bebauungsplan (Beispiel)
    - Festsetzungskatalog
    - BauNVO, Baugebiete, Höchstgrenzen (GRZ, GFZ, Baumassenzahl, Geschosszahl, Konkretisierung der Festsetzungsmöglichkeiten in § 1 (Gliederung von Baugebieten, Fremdkörperfestsetzung))
    - Planzeichen, PlanzV
    - Verfahren, Rechtsfolge, Normenkontrolle
- Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan
- andere Satzungstypen der städtebaulichen Planung

- Innenbereichssatzungen, Abrundungssatzungen, Begriff des Innenbereichs, Begriff der Abrundung (Beispiel)
- Außenbereichssatzungen
- Sanierungssatzung
- Entwicklungssatzung
- Erhaltungssatzung
- Instrumente zur Sicherung und Durchsetzung der Planung
  - Zurückstellung von Baugesuchen
  - Veränderungssperre
  - Teilungsgenehmigung
  - Satzung zu Sicherung von Gebieten mit Fremdenverkehrsfunktion
  - gemeindliches Vorkaufsrecht
  - Baugebot
  - Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot
  - Pflanzgebot
  - Abbruchgebot
  - städtebaulicher Vertrag
  - Umlegung

### 2.3. Bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Vorhaben

- Allgemeines
  - §§ 30 und 31 BauGB
  - § 33 BauGB
  - § 34 BauGB (Begriff des Ortsteils/Innenbereichs)
  - § 35 BauGB (privilegierte und sonstige Vorhaben)
  - § 30 Abs. 2 BauGB
  - BauNVO, Baugebiete, § 11 Abs. 3, § 15, Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen, § 17
  - § 36 BauGB
  - § 37 BauGB
  - § 38 BauGB

## 3. Bauordnungsrecht

- 3.1 Allgemeines, Anwendungsbereich, Verhältnis zu anderen Rechtsvorschriften (z.B. Nachbarrecht)
- 3.2. Begriffe
- 3.3 Bauordnungsrechtliche Anforderungen an Anlagen und Einrichtungen
  - Anforderungen der BauO NW
    - u.a. Erschließungsanforderungen, Abstände, Brandschutz, Wärmeschutz, Schall- und Erschütterungsschutz, Stellplatzpflicht
  - Anforderungen der Sonderbauverordnungen
  - besondere Anforderungen und Erleichterungen (§ 54 BauO NW)
  - nachträgliche Anforderungen (§§ 61, 87 BauO NW)
  - Abweichungen (§ 73 BauO NW)
  - Anforderungen aufgrund bauordnungsrechtlicher Satzungen (§§ 86, 51 BauO NW)
- 3.4. Bauaufsichtliche Verfahren
  - Genehmigungsverfahren (§§ 63, 69, 72, 75-77 BauO NW)
  - vereinfachtes Genehmigungsverfahren (§ 68 BauO NW)
  - Freistellungsverfahren (Merkblatt, § 67 BauO NW)
  - Verfahren der Ausführungsgenehmigung für Fliegende Bauten (§ 79 BauO NW)
  - Zustimmungsverfahren für Bauvorhaben öffentlicher Bauherren (§ 80 BauO NW)
  - Vorbescheid (§ 71 BauO NW)
  - Verfahren bei Abweichungen (§ 73, 74 BauO NW)
  - Teilbaugenehmigungsverfahren (§ 76 BauO NW)
  - Verfahren der Baulasteintragung (§ 83 BauO NW)
  - Verfahren bei Anpassung bestehender baulicher Anlagen und Einrichtungen an bauordnungsrechtliche Anforderungen (§ 87 BauO NW)
  - Genehmigungsverfahren für die Teilung von Grundstücken (§ 8 BauO NW)
  - Typengenehmigung (§ 78 BauO NW)
  - Verfahren der Prüfung, Zertifizierung und Überwachung von Bauprodukten und Bauarten (§§ 20 - 28 BauO NW)
  - Verfahren der Bauüberwachung (§§ 81, 82 BauO NW)
  - Bußgeldverfahren (§ 84 BauO NW)
- 3.5 Rolle von staatlich anerkannten Sachverständigen, Sachkundigen und Unternehmern

## Straßenrecht

### **1. Rechtsgrundlagen**

- Bundesfernstraßengesetz (FStrG)
- Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW)

### **2. Einteilung der öffentlichen Straßen**

- Bundesfernstraßen
- Landesstraßen
- Kreisstraßen
- Gemeindestraßen
- sonstige Straßen

### **3. Straßenbaulast und Verkehrssicherungspflicht**

- Straßenbaulast
- Träger der Straßenbaulast, Auftragsverwaltung
- Verkehrssicherungspflicht
- Verkehrsmäßige Reinigung

### **4. Die Straße als öffentliche Sache**

- Widmung
- Umstufung
- Einziehung

### **5. Straßengebrauch**

- Gemeingebrauch
- Sondernutzung
- Anliegergebrauch

### **6. Planung von Straßen**

#### **6.1 Bestimmung der Linienführung**

#### **6.2 Planungsinstrumente**

- Planfeststellung
- Plangenehmigung
- Bebauungsplan

#### **6.3 Planrechtfertigung, Abwägungsgebot und Planungsleitsätze**

#### **6.4 Rechtswirkungen der Planfeststellung bzw. Plangenehmigung**

## Abfallrecht- und Abfallwirtschaft

**1. Überblick über die wesentlichen Regelungen der EG im Bereich Abfallwirtschaft einschließlich des Rechts der grenzüberschreitenden Verbringung**

**2. Wesentliche Inhalte des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes:**

- Zielhierarchie
- Abfallbegriff
- Beseitigung / Verwertung
- Entsorgungspflicht
- Konzept- und Bilanzpflicht
- Zulassung von Abfallentsorgungsanlagen
- Überwachung
- Entsorgungsfachbetrieb

**3. Überblick über das untergesetzliche Regelwerk:**

- EAK-Verordnung
  - Bestimmungsverordnungen
  - Transportgenehmigungsverordnung
  - Nachweisverordnung
- (falls nicht jeweils bereits im Zusammenhang mit KrW- / AbfG behandelt)

**4. Wesentliche Inhalte des Landesabfallgesetzes**



## Raumordnung und Landesplanung

### 1. Aufgaben, rechtliche Grundlagen und Organisation

#### 1.1 Allgemeine Aufgabe (§ 1 LPIG)

- Landesplanung als übergeordnete, überörtliche und           zusammenfassende Planung
- Verhinderung unerwünschter Entwicklungen, Ermöglichung und Förderung erwünschter Entwicklungen
- Gemeinschaftliche Aufgabe von Staat und           Selbstverwaltung

#### 1.2 Rahmenkompetenz des Bundes

- Grundgesetz Art. 75
- Raumordnungsgesetz (ROG)  
(Raumordnung in den Ländern, § 5 ROG)
- Raumordnungsberichte (§ 11 ROG)
- Programmatische Schwerpunkte der Raumordnung

#### Rechtsgrundlagen in NRW

- Landesplanungsgesetz (LPIG)
- Rechtsverordnungen zum Landesplanungsgesetz  
(§ 44 Abs. 1 LPIG) Durchführungsverordnungen (DVO)
- Gesetz zur Landesentwicklung (LEPro)  
(Landesentwicklungsprogramm-Gesetz)

#### 1.3 Parlamentarische Gremien und Organisationsaufbau in NRW

- Ausschuss des Landtags
- Landesplanungsbehörde (§ 2 LPIG)
- Bezirksplanungsräte (§§ 5 bis 10 LPIG)
- Bezirksplanungsbehörden (§ 3 LPIG)

- Braunkohlenausschuss (§ 26 LPIG) - 31
- Einhaltung der Landesplanung im Kreis (§ 4 LPIG)

- 1.4 Grenzüberschreitende Landesplanung mit den anderen Bundesländern (§ 4 Abs. 4 ROG. § 2 LPIG)  
Staatsgrenzen überschreitende Landesplanung Raumordnungskommissionen, (§ 1 Abs. 3 ROG. § 2 LPIG)
- 1.5 Fragen der Europäischen Gemeinschaft (Europäische Raumordnung und Europäische Regionalpolitik)

## 2. Planungsgrundlagen

Praxisorientierte Landesentwicklungs- und Raumforschung Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS)

Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR)

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Laufende Raubeobachtung

Berichtswesen im Rahmen des Daten- und Informationssystems des MUNLV (DIM), Bezirksregierungen

## 3. Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung

### 3.1 Grundsätze der Raumordnung (§§ 2 bis 4 ROG)

- Gesetz zur Landesentwicklung (Landesentwicklungsprogramm, § 12 LPIG)
- Grundsätze der Raumordnung und Landesplanung (§§ 1 bis 18 Lepro) z.B. Erfordernisse des Umweltschutzes, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Ausrichtung der städtebaulichen Entwicklung in den Gemeinden auf Siedlungsschwerpunkte
- Allgemeine Ziele der Raumordnung und Landesplanung für Sachbereiche (§§ 24 bis 35 Lepro), z.B. gebietsbezogener Immissionsschutz (§ 35 LEPro)

- Entfaltung und Rechtswirksamkeit des LEPro  
(§§ 36 u. 37)
  
- 3.2 Landesentwicklungspläne (§ 13 LPIG)
  - Landesentwicklung LEP NRW und  
LEP "Schutz vor Fluglärm"
  
- 3.3 Gebietsentwicklungspläne (§§ 14 bis 19a LPIG und § 2 der 3. DVO zum LPIG)
  - Räumliche Teilabschnitte
  - Sachliche Teilabschnitte
  
- 3.4 Braunkohlenpläne  
§ 24, 33, 35 LPIG und § 3 der 3. DVO zum LPIG
  
- 4. Verfahren und Instrumente zur Erarbeitung, Aufstellung und Umsetzung der Grundsätze und Ziele
  - 4.1 Aufstellung und Genehmigung der Pläne
    - Aufstellung der Landesentwicklungspläne (§ 13 LPIG), Herstellung des Einvernehmens mit dem zuständigen Landtagsausschuss
    - Aufstellung und Genehmigung der Gebietsentwicklungspläne (§§ 15 und 16 LPIG), Herstellung des Einvernehmens mit den fachlich zuständigen Landesministern
    - Beteiligung der Kreise und Gemeinden (Gegenstromprinzip)
    - Beteiligung sonstiger Planungsträger  
(§ 44, Abs 1, Satz 2 und 2. DVO z. LPIG)
    - Planungspflichten des Bezirksplanungsrates  
(§ 19 LPIG)
  
  - 4.2 Vertikale Koordinierung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen; Gegenstromprinzip

- Rechtswirkung der Grundsätze und allgemeinen Ziele der Raumordnung und Landesplanung (§ 37 LEPro; § 16 Abs. 3 LPIG)
- Anpassung der Bauleitplanung (§ 20 LPIG, § 1 Abs. 4 BauGB)
- Spezielle Durchsetzungsinstrumente (§§ 21 bis 23 LPIG)
- Raumordnungsklauseln in Fachgesetzen des Bundes und des Landes
- Raumordnungsverfahren, Umweltverträglichkeitsprüfung (§ 6a ROG, §§ 2 und 16 UVPG) § 23 a - h LPIG
- Investitionserleichterungsgesetz zu § 6a ROG
- Verflechtung von UVP in Raumordnungsverfahren und Planfeststellung

#### 4.3 Horizontale Koordinierung im Rahmen der Landesentwicklung

- Beachtung der Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung beim Einsatz raumwirksamer Investitionen (§ 2 Abs. 2 LPIG, Abschnitt III LEPro)
- Unterrichtung des Landtags durch Landesentwicklungsberichte (§ 39 LPIG)
- Beratung der Bezirksregierung mit dem Bezirksplanungsrat (§ 7 Abs. 2 LPIG)
- Einrichtung von Regionalkonferenzen

#### 5. Ausblick auf aktuelle Entwicklungen in der Landes- und Regionalplanung

#### 6. Konfliktlösungsstrategien

## Naturschutz und Landschaftspflege

### **Rechts- und Verwaltungsgrundlagen**

Bundesnaturschutzgesetz

Landschaftsgesetz NW

### **1. Behördenorganisation und Mitwirkende der Naturschutzverwaltung**

- 1.1 Aufbau und innere Organisation der Landschaftsbehörden
- 1.2 Aufgaben der Landschaftsbehörden
  - eigene Entscheidungen
  - Beteiligung an der Entscheidung anderer Behörden
- 1.3 Aufgaben der Träger der Landschaftsplanung
- 1.4 Aufgaben als Mitwirkende:
  - Landschaftsbeiräte, Landschaftswacht
  - anerkannte Verbände gem. § 29 Bundesnaturschutzgesetz
  - Forstbehörden, Ämter für Agrarordnung
  - Biologische Stationen

### **2. Landschaftsplanung**

- 2.1 Aufbau, Inhalt und Wirkung des Landschaftsplanes  
(Entwicklungsziele und Festsetzungen, Umsetzung durch Verwaltungsakt und vertragliche Vereinbarungen)
- 2.2 Verhältnis als Satzung zu anderen Planungen  
(Landschaftsrahmenplan/GEP, Bauleitplanung etc)

### **3. Eingriffsregelung**

3.1 Zielsetzung, Inhalte, Prüfungsaufgaben, Zuständigkeiten

3.2 Verhältnis zur Bauleitplanung und zur UVP

### **4. Schutzausweisungen**

- Schutzkategorien, Schutzziele und Wirkungen
- Zuordnung zum Landschaftsplan

### **5. Artenschutz**

5.1 nationale Vorschriften

- unmittelbare Schutzvorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes und des Landschaftsgesetzes
- Bundesartenschutzverordnung

5.2 internationale Vorschriften

- Washingtoner Artenschutzübereinkommen
- EG-Verordnung Nr. 3626/82
- EG-Richtlinie "Flora, Fauna, Habitat"

### **6. Koordinierung mit anderen Planungen und Fachbelangen**

(Forst, Landwirtschaft, Straßenbau, Bauleitplanung etc.)

## Immissionsschutzrecht

### **Rechtsgrundlagen:**

Bundesimmissionsschutzgesetz - BImSchG -

Landesimmissionsschutzgesetz - LImSchG -

### **1. Regelungsbereiche**

- anlagenbezogene Regelungen
- produktbezogene Regelungen
- gebietsbezogene Regelungen
- personenbezogene Regelungen

### **2. Genehmigungsbedürftige Anlagen**

- Errichtung und Betrieb
- Die Genehmigungsverfahren
- Veröffentlichung und Erörterungstermin
- Die Umweltverträglichkeitsprüfung
- Genehmigungsformen und -folgen
- Änderungsanzeige
- Änderungsgenehmigungsverfahren

### **3. Nichtgenehmigungsbedürftige Anlagen**

- Beachtung des Standes der Technik
- Durchführung der staatlichen Überwachung
- Emissionen und Immissionen bei bestimmungsgemäßigem Betrieb

### **4. Rechtsverordnungen nach dem BImSchG**

- 26 Durchführungsverordnungen zum BImSchG
- Störfall-VO / Verordnung über die genehmigungsbedürftigen Anlagen

### **5. Verwaltungsvorschriften**

- Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm
- Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft
- Normenkonkretisierende Verwaltungsvorschriften

## **Stadterneuerung**

### **1. Einführung in die Stadterneuerung**

- 1.1 Entwicklung der Stadterneuerungsziele und -inhalte seit der Nachkriegszeit
- 1.2 Entwicklung des Rechts der Städtebauförderung begleitend zu den Handlungsnotwendigkeiten

### **2. Erläuterungen zum besonderen Städtebaurecht bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen**

- 2.1 Ablauf eines Sanierungsverfahrens
- 2.2 Herausarbeitung der Unterschiede zwischen einem "klassischen Verfahren" und "vereinfachten Verfahren"

### **3. Förderung von Stadterneuerungsmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen**

- 3.1 Eckwerte der Förderung von Stadterneuerungsmaßnahmen
- 3.2 Darstellung der Förderrichtlinien Stadterneuerung
- 3.3 Beispielhafte Erläuterung von Stadterneuerungsmaßnahmen

### **4. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen als weiteres besonderes bodenrechtliches Instrument und deren Förderung**

- 4.1 Rechtliche Grundlagen
- 4.2 Fallbeispiele



## Vermessungs- und Liegenschaftswesen

### **0 Allgemeines**

- 0.1 Begriffe
- 0.2 Rechtsgrundlagen

### **1. Öffentliches Vermessungswesen in Nordrhein-Westfalen**

- 1.1 Öffentliche Aufgaben
- 1.2 Behördliches Vermessungswesen
- 1.3 Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure
- 1.4 Gutachterausschüsse für Grundstückswerte

### **2. Landesvermessung**

- 2.1 Grundlagenvermessung
- 2.2 Katastervermessungen
- 2.3 Analoge topographische Landeskartenwerke
- 2.4 Digitale topographische Landeskarten (ATKIS, Rasterdaten)

### **3. Liegenschaftskataster**

- 3.1 Aufgabe des Liegenschaftskatasters  
(Entwicklung zum Mehrzweckkataster und digitalen Basisinformationssystem)
- 3.2 Inhalt des Liegenschaftskatasters  
(Automatisiertes Liegenschaftsbuch, Automatisierte Liegenschaftskarte)
- 3.3 Öffentlichkeit des Liegenschaftskatasters, Nutzungsmöglichkeiten
- 3.4 Verbindung des Liegenschaftskatasters mit dem Grundbuch

(Inhalt des Grundbuchs, Liegenschaftskataster als amtliches Verzeichnis der Grundstücke, Erwerb durch Einigung und Eintragung, Öffentlicher Glaube)

### **4. Zusammenfassung des Verfahrens beim rechtsgeschäftlichen Erwerb von Grundeigentum**

### **5. Literaturangaben**

## Wasserrecht

### **1. Wasserhaushaltsgesetz, Landeswassergesetz**

- 1.1 Geltungsbereich von WHG und LWG
  - allgemeine Ziele und Grundsätze
- 1.2 Schutz der Gewässer
  - Wasserschutzgebiete
  - wassergefährdende Stoffe
- 1.3 Zulassung der Gewässerbenutzung
  - Benutzungstatbestände nach § 3 WHG
  - Erlaubnis, gehobene Erlaubnis, Bewilligung
  - erlaubnisfreie Benutzung von oberirdischen Gewässern und Grundwasser
  - alte Rechte
- 1.4 Abwasserbeseitigung
  - Anforderungen an Einleitungen
  - Abwasserbeseitigungspflicht
  - Abwasserbeseitigungsplan, Bauleitplanung
  - Abwasserbeseitigungskonzept
  - Abwasseranlagen
- 1.5 Sicherung des Wasserabflusses und des Hochwasserabflusses
  - Gewässerausbau, Planfeststellung
  - Gewässerunterhaltung
  - Anlagen in und am Gewässer
  - Talsperren und Rückhaltebecken
  - Deiche
  - Überschwemmungsgebiete
- 1.6 Gewässeraufsicht
- 1.7 Bußgeldbestimmungen, Umweltstrafrecht

### **2. Andere Regelungen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft**

- 2.1 Wasserverbandsgesetz
- 2.3 Wasserwirtschaftlich relevante Regelungen der EG

# Denkmalschutz und Denkmalpflege

## **1. Rechtsgrundlagen**

### 1.1 Denkmalschutzgesetz NW

- Definition (Baudenkmäler, bewegliche Denkmäler, Bodendenkmäler, Denkmalbereiche)
- Unterschutzstellung, Eintragung in die Denkmalliste, vorläufige Unterschutzstellung
- Erhaltungs- und Nutzungsgebot
- Sozialpflichtigkeit/Erlaubnis
- Förderung
- Übernahme

### 1.2 Bauordnung NW

- Gestaltung baulicher Anlagen
- örtliche Bauvorschriften

### 1.3 Baugesetzbuch

- Erhaltung baulicher Anlagen
- Bauleitplanung und Denkmalschutz
- Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot

### 1.4 Berücksichtigung des Denkmalschutzes

im Bundes- und EG-Recht

## **2. Organisation und Zuständigkeiten im Denkmalschutz**

### 2.1 Denkmalbehörden

Oberste Denkmalbehörde

Obere Denkmalbehörde

Untere Denkmalbehörde

## 2.2 Denkmalämter

Ämter für Denkmalpflege

Ämter für Bodendenkmalpflege

## 2.3 Denkmäler des Bundes und des Landes

### **3. Organisation und Zuständigkeiten in der Denkmalpflege**

### **4. Aufgaben und Ziele**

Denkmalschutz

Denkmalpflege

Nutzung

Forschung

Öffentlichkeit

Einzelobjekt

Denkmalbereich

Stadtbild

Landschaft

## Umweltverträglichkeitsprüfung

### **1. Allgemeiner Überblick über die Umweltverträglichkeitsprüfung**

- Umsetzung der EG-Richtlinie zur UVP ins nationale Recht
- Definition der UVP (§ 2 Abs. 1 S. 2 Bundes-UVP-Gesetz)
- Wechselwirkungen
- Verfahrensinstrument
- Inhaltlicher Gehalt der UVP
- Integration in bestehende Verfahren
- Zuständige Behörde
- Grundsatz der Frühzeitigkeit (§ 1 Bundes-UVP-Gesetz)
- Anwendungsbereich
- Gesetzestechnik

### **2. Betroffene Vorhaben (Anlage zu § 3 Bundes-UVP-Gesetz)**

### **3. Verfahrensablauf**

- Unterrichtung über den voraussichtlichen Untersuchungsrahmen (scoping) (§ 5 Bundes-UVP-Gesetz)
- Vorlage der Unterlagen durch den Vorhabenträger (§ 6)
- Behördenbeteiligung (§ 7)
- Grenzüberschreitende Behördenbeteiligung (§ 8)
- Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 9)
- Zusammenfassende Darstellungen der Umweltauswirkungen (§ 11)
- Bewertung der Umweltauswirkungen (§ 12)
  
- Berücksichtigung bei der Entscheidung (§ 12)
- Mehrere Zulassungsentscheidungen durch verschiedene Behörden (§ 14)

#### **4. Gestufte UVP im vorgelagerten Verfahren**

- Allgemeine Problematik der Stufung
- Einzelne Verfahren (Vorbescheid, Teilzulassungen (§ 13), vorgelagerte fachplanerische Verfahren (§ 15), Bebauungsplan (§ 2 Abs. 3 Ziffer 3 und 4, § 17)
- Erste Stufe der UVP in der Landesplanung (Braunkohlenplanung (§ 18), Raumordnungsverfahren (§ 16))

#### **5. Ergänzende Länderumsetzung durch Landes-UVP-Gesetz**

- Allgemeiner Teil
- Änderung von Fachgesetzen (Ausfüllung von Rahmengesetzen, UVP wegen gleichem Sachverhalt, Erweiterung)

## Vertragsrecht

### 1. Einführung in das Vertragsrecht

- 1.1 Angebot und Annahme
- 1.2 Verpflichtungsgeschäft - Verfügungsgeschäft
- 1.3 Einzelne Vertragsverhältnisse des BGB, §§ 433 - 808

### 2. Der Kaufvertrag

- 2.1 Wesen und Abgrenzung von Tausch, Schenkung, Miete, Leihe, Leasing
- 2.2 Pflichten der Kaufvertragsparteien beim Sachkauf
  - Übergabe der Sache und Eigentumsverschaffung § 433 Abs. 1 BGB
  - Zahlung des Kaufpreises und Abnahme der gekauften Sache, § 433 Abs. 2 BGB
- 2.3 Arten: Stück- und Gattungskauf
- 2.4 Sachmängelhaftung
  - Begriff des Sachmangels, § 459 Abs. 1 und 2
  - Rechte des Käufers beim Stückkauf
  - Rechte des Käufers beim Gattungskauf
  - Sonderfall: Die Nachbesserung durch den Verkäufer § 476a BGB
- 2.5 Verjährung der Gewährleistungsansprüche, § 477 BGB
- 2.6 Verhältnis der Gewährleistungsansprüche zur Garantiehaftung

### **3. Der Werkvertrag**

- 3.1 Wesen und Abgrenzung vom Dienst- und Kaufvertrag, Werklieferungsvertrag
- 3.2 Pflichten der Werkvertragsparteien, § 631 BGB
- 3.3 Rechte des Bestellers bei einem mangelhaften Werk
  - Anspruch auf Mängelbeseitigung, § 633 II BGB
  - Anspruch auf Ersatzvornahme, § 633 III BGB
  - Anspruch auf Wandelung oder Minderung, § 634
  - Anspruch auf Schadensersatz, § 635
  - Kurze Verjährung - § 638

### **4. Allgemeine Geschäftsbedingungen**



## Verdingungswesen

### Die Verdingungsordnung für Bauleistungen ( VOB )

#### 1. Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen

##### 1.1 Geltungsbereich

- Sachlicher Geltungsbereich § 1 VOB/A
- Persönlicher Geltungsbereich

##### 1.2 Grundsätze der VOB/A §§ 2 ff VOB/A

##### 1.3 Leistungsvertrag, § 5 VOB/A

##### 1.4 Leistungsbeschreibung § 9 VOB/A

##### 1.5 Die Vergabe §§ 17 ff VOB/A

#### 2. Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen - VOB/B

##### 2.1 Zustandekommen des Bauvertrages nach VOB/B

##### 2.2 Vergütungsanspruch, § 2 VOB/B

- Berechnung der Vergütung § 2 Nr. 2 VOB/B
  - Einheitspreis
  - Pauschalpreis
  - Stundenlohn

- Sonderfälle:
  - Mengenabweichung beim Einheitspreisvertrag, § 2 Nr. 3 VOB/B
    - Mengenüberschreitungen
    - Mengenunterschreitungen
  - Teilkündigung, § 2 Nr. 4 VOB/B
  - nachträgliche Änderung, § 2 Nr. 5 VOB/B
  - zusätzlich geforderte Leistungen, § 2 Nr. 6 VOB/B
  - nicht vereinbarte Leistungen, § 2 Nr. 8 VOB/B
- Entstehung und Fälligkeit

### 2.3 Die Gewährleistung

- vor der Abnahme, § 4 Nr. 7 VOB/B
- nach der Abnahme, § 13 Nr. 1, 5 - 7
  - Mängelbeseitigung, § 13 Nr. 5 Abs. 1 VOB/B
  - Ersatzvornahme, § 13 Nr. Nr. 5 Abs. 2 VOB/B
  - Minderung § 13 Nr. 6 VOB/B
  - Schadensersatz § 13 Nr. 7 VOB/B
- Gewährleistungsfristen, § 13 Nr. 4

## 3. Allgemeine Technische Vorschriften für Bauleistungen - VOB/C

## Grunderwerb und Enteignung

### 1. Einleitung

Bodenbedarf für öffentliche Bauvorhaben

### 2. Bedarfsbefriedigung

2.1. Eigentum öffentlich-rechtlicher Gebietskörperschaften

2.2. Privateigentum

- freihändiger Grunderwerb
- Flurbereinigung / Umlegung / Grenzregelung
- Enteignung

### 3. Enteignung

3.1. Klassischer Enteignungsbegriff

- Enteignung als Entziehung von Grund und Boden
- Überführung der entzogenen Rechtsposition auf den Begünstigten

3.2. Enteignungsbegriff unter dem Geltungsbereich des Art. 153 WRV

- Erweiterung des Eigentumsbegriffs durch Reichsgericht auf alle subjektiv-privaten Rechte
- Intitutsgarantie

3.3. Enteignungsbegriff gemäß Art. 14 GG

- Enteignung als Entziehung oder Beeinträchtigung des Eigentums  
(= aller subjektiv-privaten Rechte einschl. der Forderungen)
- Institutsgarantie
  
- Sozialbindung (Art. 14 Abs. 2 GG)
- Enteignung nur durch oder aufgrund eines förmlichen Gesetzes
- Junktimklausel (= Enteignung nur noch gegen Entschädigung)

#### **4. Rechtliche Grundlagen der Enteignung**

- Grundgesetz (GG)
- Gesetz über Enteignung und Entschädigung für das Land NRW (Landesenteignungs- und -entschädigungsgesetz - EEG NW - GV Bl. 1989, 365 )
- Baugesetzbuch (BauGB)
- Landesbeschaffungsgesetz (LBG)
- Bundesbahngesetz (BundesbahnG) § 37
- Bundesfernstraßengesetz (FStrG)
- Straßen- und Wegegesetz NW (StrWG NW)
- Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG)
- Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

#### **5. Ablauf eines Enteignungsverfahrens**

##### 5.1. Formelle Grundlagen

- Bebauungsplan nach Baugesetzbuch
- für straßenrechtliche Enteignungsverfahren:
  - festgestellter Plan (§§ 17 Abs. 1, 19 Abs. 2 FStrG)
  - Bebauungsplan (§ 17 Abs. 3 FStrG, § 9 BauGB)
  - Zulässigkeitserklärung der Enteignung (§ 11 Abs. 3 StrWG NW)

##### 5.2. Verfahrensabschnitte

- Planfeststellungsverfahren (§ 23 EEG NW)
- Besitzeinweisung (§ 18 f FStrG, § 37 EEG NW, § 116 BauGB)
- Verfahren (§§ 18 ff EEG NW)
  
- Entschädigungsfeststellungsverfahren (§§ 25 ff PrEG, § 19a FStrG)
- Förmliches Enteignungsverfahren (§§ 32 ff PrEG, § 18 ff EEG NW)

#### **6. Art und Umfang der Entschädigung**

- 6.1 Substanz- oder Rechtsverlust (§§ 10 EEG, 95 BauGB)
- 6.2 Entschädigung für sonstige Vermögensnachteile
- 6.3 Entschädigung von Nebenberechtigten

## **Forstrecht**

### **1. Der Wald in Zahlen**

### **2. Forstliche Rechtsnormen**

### **3. Was ist Wald im Sinne des Gesetzes**

### **4. Aufbau der Landesforstverwaltung**

### **5. Das Forstrecht in NRW - dargestellt an den Aufgaben der Landesforstverwaltung**

#### **5.1 Im Bereich der forstlichen Dienstleistungen**

5.1.1 Betreuung der Waldbesitzer

5.1.2 Forstliche Förderungsmittel

#### **5.2 Im Bereich des Aufsichts- und Ordnungswesens**

5.2.1 Überwachung der Ge- und Verbote für die Waldbewirtschaftung

5.2.2 Waldumwandlung, Erstaufforstung

5.2.3 Betreten des Waldes, Waldsperrung

5.2.4 Abfallentsorgung und Abfallverwertung im Wald,

Anzeigepflicht für forstwirtschaftliche Wegebaumaßnahmen

5.2.5 Feuerstellengenehmigung

5.2.6 Forstschutz

5.2.7 Ordnungswidrigkeiten

#### **5.3 Im Bereich der Landespflege**

5.3.1 Forstlicher Rahmenplan

5.3.2 Sicherung der Waldfunktionen durch Beteiligung bei allen behördlichen  
und kommunalen raumwirksamen Planungen und Vorhaben

5.3.3 Ausweisung von Naturwaldzellen

5.3.4 Beratung und Unterstützung der mit der Pflege und Gestaltung der  
Landschaft befaßten Behörden und Stellen

#### **5.4 Im Bereich des Staatsforstbetriebes**

#### **5.5 Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit**

## Europarecht – Woche:

### ➤ Rechtliche Grundlagen

#### **A. Allgemeine Einführung**

- geschichtliche Entwicklung
- (Erweiterungen u.a.)
- Wesen der EU (Verhältnis EU – EG, Aufgaben und Ziele, Rechtsnatur der EG „Supranationalität“, Übertragung von Hoheitsrechten nach Art. 23 I GG)
- Rechtsfähigkeit der EG
- Beitritt und Austritt

#### **B. Rechtsquellen**

##### **I. Primäres Gemeinschaftsrecht**

- Vertrag über die EU und „Folgeverträge“
- Vertrag zur Gründung der EG
- Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM)
- Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohlen und Stahl (EGKS) (u.U. unmittelbare Anwendbarkeit von Bestimmungen des EG, horizontale Wirkung)

##### **II. Sekundäres Gemeinschaftsrecht (Rechtsetzungsakte der EU) und das Zusammenwirken von EU-, Bundes- und Landesrecht**

- Verordnung, Richtlinie, Empfehlung, Entscheidung

##### **III. Sonstiges Gemeinschaftsrecht**

- Allgemeine Rechtsgrundsätze
- Grundrechte auf Gemeinschaftsebene, u.U. in Gegenüberstellung zur EMRK
- (Völker-)Gewohnheitsrecht
- u.U. Abgrenzung zu Verträgen, die mit dem Ziel der Förderung der Gemeinschaftsziele, ohne Bestandteil des Gemeinschaftsrechts zu sein: v.a. in den Bereichen, in denen die Gemeinschaft keine eigene Kompetenz hat

##### **IV. Normenhierarchie innerhalb des Gemeinschaftsrechts**

##### **V. Vollzug des Gemeinschaftsrechts**

#### **C. Rechtsetzung**

- Kompetenzen (Ausschließliche Kompetenz, Konkurrierende Kompetenz, Parallele Kompetenz)
- Subsidiaritätsprinzip, Rechtsangleichung u.a.
- Beteiligung des Bundesrates und des Bundestages, Art. 23 II – VII GG

#### **D. Verhältnis von europäischem zu nationalem Recht**

- Kollision zwischen Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht
- (Vorrangfrage nach der Rspr. des EuGH und des BVerfG)

#### **E. Institutionen der EU / Organe der EG und ihre Befugnisse im Zusammenhang mit der Rechtssetzung und den unterschiedlichen Rechtsetzungsverfahren**

Aufgaben, Befugnisse und Zusammensetzung von:

- Rat der EU (Abgrenzung zum Europäischen Rat und Europarat)
- Europäisches Parlament
- Europäischer Gerichtshof und Europäisches Gericht 1. Instanz
- Rechnungshof
- Weitere „Hilfsorgane“:  
Wirtschafts- und Sozialausschuss, Ausschuss der Regionen, Europäische Investitionsbank, Europäische Zentralbank

#### **F. Haftung der Mitgliedstaaten**

#### **G. Grundfreiheiten**

- Allgemeines: u.a. Inländerdiskriminierung
  - Freier Warenverkehr
  - Freiheit des Personenverkehrs
  - Freiheit des Dienstleistungsverkehrs
  - Freiheit des Kapitalverkehrs
- u.U. auch: „Vollendung des Binnenmarktes:  
Unionsbürgerschaft, Wirtschafts- und Währungsunion, Sozialcharta, Transeuropäische Netze“

#### **H. Rechtsschutzsystem**

- Vertragsverletzungsverfahren
- Nichtigkeitsklage
- Untätigkeitsklage
- Schadensersatzklage
- Vorabentscheidungsverfahren

➤ **Förderprogramme / Regionale Strukturpolitik**

- Grund von Förderprogrammen
- Strukturfonds: EFRE, ESF, EAGFL-A, FIAF
- Kohäsionsfonds
- Entwicklungsziele

➤ **Einführung in das Öffentliche Auftragswesen**

- europarechtliche Vorgaben
- Umsetzung in das deutsche Vergaberecht

➤ **Lobbying** – über originäre Mitwirkungsrecht hinausgehend

- Grün- und Weißbuch
- Rat der Regionen
- Eurocommunale
- originäre Mitwirkungsrechte (s.o.)
- mittelbare Einflussnahme
- Fachministerkonferenz
- Länderbüros

➤ **Exkursion**

- Landesvertretung NRW
- Eurocommunale (Büro der kommunalen Spitzenverbände)
- EU-Kommission etc.